

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	15
Erster Teil: Einleitung	47
A. Einführung in die Thematik	47
B. Struktur der Arbeit	57
Zweiter Teil: Historische Entwicklung der Drittprozessfinanzierung von Kollektivklagen in den Vergleichsländern in den Vergleichsländern	59
A. Historische Entwicklung der Prozessfinanzierung	59
B. „Neuzeit“ und aktueller Stand der Prozessfinanzierung	70
C. Fazit: geschichtliche Entwicklung und ihre Relevanz für die heutige Zeit	79
Dritter Teil: Prozessfinanzierungsvertrag	81
A. In Deutschland	81
B. In England	89
C. Fazit: englischer und deutscher Prozessfinanzierungsvertrag	98
Vierter Teil: Vorteile und Gefahren der drittfinanzierten Massenverfahren und Kollektivklagen	101
A. Vorteile und Gefahren von Massenverfahren und Kollektivklagen	101
B. Vorteile und Gefahren der Drittfinanzierung	108
Fünfter Teil: Arten des kollektiven Rechtsschutzes in den Vergleichsländern und deren Finanzierung: Rahmen und Eingrenzung der Arbeit	135
A. Verfahren mit Divergenz von Kläger und (originären) Anspruchsinhabern	136

## *Inhaltsübersicht*

B. Verfahren mit Konvergenz von Kläger und (originären) Anspruchsinhabern	159
C. Ergebnis	172
D. Offenlegung der Prozessfinanzierung und des Prozessfinanzierungsvertrages im Verfahren	173
Sechster Teil: Schutzmaßnahmen gegen Klagemissbrauch und Klageindustrie	195
A. Klagemissbrauch und Klageindustrie als Schreckgespenst	195
B. In Deutschland	200
C. Im EU-Recht	229
D. In England	232
E. Analytischer Rechtsvergleich: Schutzmaßnahmen gegen Klagemissbrauch und Klageindustrie	248
F. Empfehlungen	254
Siebter Teil: Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte	265
A. Übergeordnete Schutzmaßnahmen in den Vergleichsländern – Interessenkonflikte wegen wirtschaftlicher Verflechtung von Rechtsanwalt und Prozessfinanzierer –	265
B. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte bei Kollektivklagen in Deutschland	272
C. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte bei Kollektivklagen in der EU	317
D. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte bei Kollektivklagen in England	321
E. Analytischer Rechtsvergleich: Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte	344
F. Empfehlung und Übertragbarkeit	394

Achter Teil: Schutzmaßnahmen zur Sicherung des Prozesskostenerstattungsanspruches des Beklagten im drittfinanzierten kollektiven Rechtsschutz	449
A. In Deutschland: Schutzmaßnahmen zur Befriedigung des Prozesskostenerstattungsanspruches des Beklagten im drittfinanzierten kollektiven Rechtsschutz	449
B. In England: Schutzmaßnahmen zur Befriedigung des Prozesskostenerstattungsanspruches des Beklagten im drittfinanzierten kollektiven Rechtsschutz	477
C. Analytischer Rechtsvergleich der Schutzmaßnahmen der Sicherstellung des Prozesskostenerstattungsanspruchs des Beklagten und Bewertung	535
D. Empfehlungen	588
Neunter Teil: Fazit und Ausblick	631
A. Deutschland	631
B. England	634
C. Rechtsvergleichung	636
Literaturverzeichnis	641

# Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Einleitung	47
A. Einführung in die Thematik	47
I. Grundlagen der Drittfinanzierung	47
II. Definition Drittfinanzierung	52
III. Einführung in die Problematik und defizitorientierte Aufgabenstellung	54
IV. Wahl der Vergleichsländer	55
B. Struktur der Arbeit	57
Zweiter Teil: Historische Entwicklung der Drittprozessfinanzierung von Kollektivklagen in den Vergleichsländern in den Vergleichsländern	59
A. Historische Entwicklung der Prozessfinanzierung	59
I. Antikes Griechenland und Römisches Reich	61
1. Antikes Griechenland	61
a) Vorteile einer Finanzierung im antiken Griechenland	61
b) Drittfinanzierung im antiken Griechenland	62
c) Gefahren einer Drittfinanzierung im antiken Griechenland im Vergleich zu heute	63
2. Altes Rom	64
a) Vorteile von Geld und Macht im alten Rom	64
b) Drittfinanzierung im alten Rom	65
c) Gefahren einer Drittfinanzierung im alten Rom im Vergleich zu heute	66
II. Mittelalter – maintenance und champerty –	67
1. Einleitung	67
2. Definition maintenance und champerty	67
3. Herkunft der Begriffe	69
4. Gefahren im mittelalterlichen England im Vergleich zu heute	70
B. „Neuzeit“ und aktueller Stand der Prozessfinanzierung	70
I. Deutschland: von Foris zu Burford und Lkw-Kartell	70

II. England: von maintenance und champerty zu Mastercard und Lkw-Kartell	73
1. Aufhebung von maintenance und champerty durch den Criminal Law Act 1967	74
2. Lockerung und Konkretisierung durch Giles v Thompson	75
3. Weitere Lockerungen durch die Politik	75
4. Weiterer Abbau von Restriktionen	76
a) Factortame v Secretary of State for Transport	76
b) Jackson Report und Selbstregulierung	77
5. Mastercard und Lkw-Kartell	78
C. Fazit: geschichtliche Entwicklung und ihre Relevanz für die heutige Zeit	79
Dritter Teil: Prozessfinanzierungsvertrag	81
A. In Deutschland	81
I. Rechtsnatur des Prozessfinanzierungsvertrages	81
II. Inhalt des Vertrages: Rechte und Pflichten	83
1. Allgemeines	83
2. Rolle des Prozessfinanzierers im Verfahren	84
3. Erfolgsbeteiligung	85
4. Kündigung	86
5. Besonderheit bei Kollektivklagen	88
B. In England	89
I. Gemeinsamkeiten des deutschen und englischen Prozessfinanzierungsvertrages	89
1. Vertragsparteien	89
2. Kündigung	90
3. Erfolgsbeteiligung	91
II. Unterschiede zwischen deutschem und englischem Prozessfinanzierungs-vertrag	93
1. Kontrolle und Entscheidungsrechte	93
a) Keine Beeinflussung der Anwalts-Mandanten-Beziehung	94
b) Weitergehende Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse	94
2. Besonderheit bei Kollektivklagen	95

3. Kündigung	96
4. Haftung des Prozessfinanzierers für die Kosten	96
5. Klausel zur Prozesskostensicherheit	97
6. Kosten des Verfahrens	98
C. Fazit: englischer und deutscher Prozessfinanzierungsvertrag	98
Vierter Teil: Vorteile und Gefahren der drittfinanzierten Massenverfahren und Kollektivklagen	101
A. Vorteile und Gefahren von Massenverfahren und Kollektivklagen	101
I. Verhinderung der Auswirkung des rationalen Desinteresses	103
II. Kollektiver Rechtsschutz führt zu Kostenersparnis und Entlastung der Justiz	104
III. Gewährleistung einheitlicher Entscheidungen	107
IV. Fazit	108
B. Vorteile und Gefahren der Drittfinanzierung	108
I. Zugang-zum-Recht- bzw. Access-to-Justice-Argument	108
1. Gegenargument: mehr (substanzlose) Klagen	108
2. Standpunkt Rechtsausschuss EU-Parlament betreffend Access-to-Justice-Argument	110
II. Waffengleichheit	114
1. One-shotter und repeat player	115
2. Strategische Prozessführung – playing for rules –	117
3. Verschiebung der Waffengleichheit	120
a) Zum Verstoß des Prozessfinanzierungsvertrages gegen die Waffengleichheit	120
b) Prozessfinanzierungsvertrag verstößt nicht gegen die Waffengleichheit	121
aa) Staatliche Aufgabe der Herstellung von Waffengleichheit	121
bb) Rechtsgedanke gemäß § 91 ZPO	122
cc) Ausgangspunkt nicht vollkommene Waffengleichheit	123
III. Vorteile und Nachteile der Geheimhaltungsverpflichtung des Prozessfinanzierungsvertrages	125
IV. Drittfinanzierung als Instrument der Verhaltenssteuerung von Unternehmen	126

V. Drittfianzierung von Kollektivklagen	127
1. Drittfianzierung als alternativlose Option zur Finanzierung von Kollektivklagen	127
a) Eigenfinanzierung durch den Repräsentanten	128
b) Anwaltsfinanzierung und Erfolgshonorar	128
c) Finanzierung durch den Staat und Streitwertdeckelung	129
d) Drittfianzierung von Kollektivklagen	130
2. Kehrseite der Drittfianzierung	131
VI. Klageindustrie und Klagemissbrauch	132
VII. Gesamtergebnis	133
 Fünfter Teil: Arten des kollektiven Rechtsschutzes in den Vergleichsländern und deren Finanzierung: Rahmen und Eingrenzung der Arbeit	 135
A. Verfahren mit Divergenz von Kläger und (originären) Anspruchsinhabern	136
I. Einleitung	136
II. In Deutschland	136
1. Musterfeststellungsklage	138
a) Allgemeines zur Musterfeststellungsklage	139
b) Unzulässigkeit der Drittfianzierung und fehlende Anreize für Drittfianzierer	139
2. Abtretungsmodell	141
3. Gewinnabschöpfungsklage	143
a) Einordnung im Rahmen des kollektiven Rechtsschutzes	143
b) Finanzierung der Gewinnabschöpfungsklage	145
4. EU-Verbandsklage und Regulierung der Prozessfinanzierung	147
a) Verbandsklagenrichtlinie (Verbandsklagen-RL)	147
aa) Allgemeines zur Verbandsklagen-RL	147
bb) Allgemeines zur Finanzierung der EU-Verbandsklage	148
b) EU-Regulierung der Prozessfinanzierung	149
III. In England	151
1. Competition Appeal Tribunal („CAT“)	151
a) Allgemeine Beschreibung des Verfahrens	151

b) Kostenrisiko und Gefahr bei der Beteiligung eines Finanzierers	152
aa) Haftung und Risiken für den Repräsentanten	152
bb) Gefahr für den Beklagten	154
cc) Fazit	154
2. Representative actions	155
3. Abtretungsmodell – Assignment of claims in England	158
4. Fazit	158
B. Verfahren mit Konvergenz von Kläger und (originären) Anspruchsinhabern	159
I. Einleitung	159
II. In Deutschland	159
1. Das Kapitalmusterfeststellungsgesetz (KapMuG)	159
a) Allgemein zum Verfahren	159
b) Finanzierung des Verfahrens	160
c) Fehlende Relevanz für die Behandlung der drittfinanzierten Kollektivklagen	161
2. Subjektive Klagehäufung	162
a) Subjektive Klagehäufung als Instrument des kollektiven Rechtsschutzes	162
b) Vorteile der subjektiven Klagehäufung und Einordnung als Kollektivklage	163
c) Vorteile der Finanzierung der subjektiven Klagehäufung	164
aa) Kostenvorteile	164
bb) Möglichkeit der vorteilhaften Gestaltung im Einzelfall	164
cc) Subjektive Klagehäufung als Alternative zum Abtretungsmodell	165
d) Fazit	167
II. In England	167
1. Einleitend zum GLO-Verfahren	167
2. Kosten und Finanzierung des GLO-Verfahrens	169
a) Finanzierung allgemein	169
b) Drittfinanzierung des GLO-Verfahrens	169
aa) Möglichkeiten hinsichtlich des Zeitpunkts der Finanzierung	169



## Inhaltsverzeichnis

bb) Risiken hinsichtlich des Zeitpunkts der Finanzierung	170
cc) Unsicherheit bezüglich der Kosten	171
C. Ergebnis	172
D. Offenlegung der Prozessfinanzierung und des Prozessfinanzierungsvertrages im Verfahren	173
I. In Deutschland	174
1. Offenlegung der stillen Sicherungszession	174
2. Offenlegung der Prozessfinanzierungsvereinbarung im Zivilverfahren	175
a) Anordnung der Urkundenvorlegung gemäß § 142 ZPO	175
b) Offenlegung der Prozessfinanzierungsvereinbarung bei Beweisbedürftigkeit	177
c) Urkundenvorlage gemäß §§ 421 ff. ZPO	179
d) Zeugenvernehmung des gesetzlichen Vertreters des Prozessführungsunternehmens gemäß § 373 ff. ZPO	180
e) Parteivernehmung der finanzierten Partei gemäß § 445 ff. ZPO	180
3. Außerrechtliche Gründe für die Offenlegung	181
a) Abtretungsmodell	181
b) Gewinnabschöpfungsklage	182
c) Subjektive Klagehäufung	183
4. Fazit	183
II. In England	183
III. Formen und Ausgestaltung einer Offenlegungspflicht	185
1. Formen der Offenlegung	185
2. Umsetzbarkeit einer Offenlegung nur gegenüber dem Gericht	187
a) Verletzung des rechtlichen Gehörs bei einer Offenlegung nur gegenüber dem Gericht	187
b) Besonderes Geheimhaltungsinteresse hinsichtlich der Prozessfinanzierung	189
c) Fehlende Betroffenheit des Beklagten	190
d) Vergleichbarkeit mit § 117 Abs. 2 Satz 2 ZPO	190
4. Fazit	192

Sechster Teil: Schutzmaßnahmen gegen Klagemissbrauch und Klageindustrie	195
A. Klagemissbrauch und Klageindustrie als Schreckgespenst	195
B. In Deutschland	200
I. Abtretungsmodell	200
II. Gewinnabschöpfungsklage	201
1. Rechtsprechung zur Finanzierung von Gewinnabschöpfungsklagen: BGH-Urteile Prozessfinanzierung I und II	202
a) Keine direkte oder analoge Anwendung von § 8 c Abs. 2 Nr. 1 UWG	202
b) Missbräuchliche Ausübung der Klagebefugnis nach § 242 BGB	203
aa) Zweck von § 10 UWG: Gesetzesbegründung zur Verhinderung der Gewinnerzielung	204
bb) Parteiergreifung durch das Bundesamt der Justiz	205
cc) Außerachtlassung der Effizienz	205
dd) Grundrechtliche Gebotenheit der drittfinanzierten Gewinnabschöpfungsklage	206
2. Literatur zur Finanzierung von Gewinnabschöpfungsklagen und Gegenansicht in der Rechtsprechung	207
a) Rechtsmissbrauch nach § 242 BGB	207
aa) Grundsatz von Treu und Glauben im Allgemeinen	208
bb) Institutioneller Rechtsmissbrauch: Zweck der Regelung als entscheidendes Kriterium	209
(1) Verwechslung von Regelungsanliegen und Regelungszweck	209
(2) Zweck des Regelungsanliegens: Entkoppelung Anspruchsberechtigter und Begünstigter	210
(3) Zurechnung Einnahmeerzielungsabsicht des Prozessfinanzierers dem Verbraucherverband	212

(4) Problem der unnötigen Klagen durch Entkoppelung Prozessrisiko und Klageerhebung	212
(5) Erfordernis der Anspruchsauswahl durch den Finanzierer	213
(6) Rechtsmissbrauch auch bei nachträglicher Einschaltung des Prozessfinanzierers	215
(7) Kein Rechtsmissbrauch bei Einschaltung des Prozessfinanzierers im Vorhinein	215
(8) Rechtsmissbrauch auch bei Beendigung der Prozessfinanzierung im Verfahren	216
(9) Streitwertherabsetzung und Waffengleichheit	217
(10) Folgenorientierte Auslegung des Zwecks der Norm und folgenorientierte Anwendung	219
b) § 8c UWG – Rechtsmissbrauch und Gewinnabschöpfungsklage	221
c) Erforderlichkeit und Ausfall einer Interessenabwägung	222
d) Grundrechte als Maßstab für Missbrauchseinwand	223
3. Fazit und Stellungnahme	225
a) Widerspruch gegen Zweck des Gesetzes	225
b) „Ob“ oder „Wie“ der Anspruchsdurchsetzung als Leitlinie?	228
c) Streitwertherabsetzung und Waffengleichheit	228
C. Im EU-Recht	229
I. Verbandsklagen-RL	229
II. Vorgeschlagene Richtlinie zur Regulierung der Prozessfinanzierung	232
D. In England	232
I. Abuse of process – maintenance und champerty	232
1. British Cash and Parcel Conveyors Limited v Lamson Store Service Company Limited	232
2. Giles v Thompson	233
a) Gefahr für „the administration of justice“	234
b) Interessen der finanzierten Kläger	235

3. Abwägung	235
a) Kontrolle über das Verfahren durch den Drittfinanzierer	236
aa) Grad der Kontrolle als entscheidendes Kriterium	237
bb) Abwägung zwischen Bewertung der Kontrollausübung als champertous und Überprüfung zur Verhinderung von Kostenhaftung auf indemnity basis	238
cc) Verteidigung legitimer Interessen: Zustimmung zu einem Vergleich	240
b) Hohe Erfolgsbeteiligung	240
c) Weitere Faktoren für oder gegen das Vorliegen eines Klagemissbrauchs	241
aa) Stirring up litigation	241
bb) Zur Frage der kontinuierlichen unabhängigen Kontrolle des Prozessfinanzierers im Lauf des Verfahrens	242
4. Folge von maintenance und champerty	242
a) Folge für das Verfahren	242
b) Folge für den Prozessfinanzierer	244
II. Schutz vor „officious litigation“ bei Kollektivklagen	245
1. High Court zu Lloyd v Google: Feststellung eines Missbrauchs	245
2. Court of Appeal zu Lloyd v Google: kein Missbrauch	246
3. Supreme Court	247
E. Analytischer Rechtsvergleich: Schutzmaßnahmen gegen Klagemissbrauch und Klageindustrie	248
I. Einfluss und Kontrolle des Finanzierers in den Vergleichsländern	248
1. Unterschiedliche Begründung gegen einen Einfluss des Finanzierers	248
2. Unterschiedliche Lösungen bei der Anspruchswahl durch den Finanzierer	249
II. Abwägung und Einzelfallentscheidung in England und Pauschalisierung in Deutschland	251

## *Inhaltsverzeichnis*

III. Unterschiedliche Berücksichtigung der legitimen Interessen des Prozessfinanzierers und der Vorteile der Finanzierung für den Zugang zum Recht und der Chancengleichheit	251
IV. Unterschiedliche Gewichtung des „Wie“ und „Ob“ der Rechtsdurchsetzung	252
V. Unterschiede bezüglich der Rechtsfolgen und Einwände des Beklagten	252
VI. Differenzierte Folgenanalyse	253
F. Empfehlungen	254
I. De lege lata	254
II. De lege ferenda	256
1. Zulässigkeit der drittfinanzierten Gewinnabschöpfungsklage	256
a) Alternative Formen der Drittfinanzierung von Gewinnabschöpfungsklagen	256
b) „Amerikanische Verhältnisse“ als Argument gegen die drittfinanzierte Gewinnabschöpfungsklage	257
c) Zwischenergebnis	258
2. Ausgewogene Ausgestaltung der drittfinanzierten Gewinnabschöpfungsklage	258
a) Erfordernis der Trennung zwischen Anspruchsberechtigten und Anspruchsbegünstigten	258
b) Abwägung zwischen den auf den Einfluss des Finanzierers bezogenen Vorteilen und den Gefahren	260
c) Ergebnis	262
3. Rechtsfolge bei einer dem Zweck von § 10 UWG widersprechenden drittfinanzierten Gewinnabschöpfungsklage	263
Siebter Teil: Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte	265
A. Übergeordnete Schutzmaßnahmen in den Vergleichsländern – Interessenkonflikte wegen wirtschaftlicher Verflechtung von Rechtsanwalt und Prozessfinanzierer –	265
I. In Deutschland	265
1. Direkte Beteiligung des Rechtsanwalts am Erlös	265

2. Beteiligung des Rechtsanwalts an der Prozessfinanzierungsgesellschaft	266
3. Rechtsfolgen einer Umgehung von § 49b Abs. 2 BRAO	267
4. Ergebnis und Stellungnahme	269
5. Weitere Interessenkollisionen	270
II. In England	271
B. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte bei Kollektivklagen in Deutschland	272
I. Abtretungsmodell: Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte	272
1. § 4 RDG als Schutzmaßnahme gegen Interessenkonflikte und gegen den Einfluss des Finanzierers im Abtretungsmodell	273
a) Sinn und Zweck der Vorschrift	273
b) Regelungsgehalt der Vorschrift	274
c) Neuregelung von § 4 RDG	274
2. Stand der Literatur	275
a) Stand der Literatur zum Verstoß gegen § 4 RDG durch das Abtretungsmodell	276
aa) Interessenkonflikt oder Interessengleichlauf	276
(1) Für einen Interessenkonflikt	276
(a) Unterschiedliche Interessen auf Grund eines asymmetrischen Auszahlungsprofils	277
(b) Keine Änderung des Interessenkonflikts durch Erfolgsbeteiligung	278
(c) Situation bei einem Vergleich	279
(d) Interessenkonflikt bei (faktischer) Vergleichsvollmacht des Rechtsdienstleisters	280
(2) Ablehnung eines Interessenkonflikts	280
(a) Verstoß gegen § 4 RDG als neuer Einwand	280
(b) Unterscheidung Prozessfinanzierer vom Rechtsschutzversicherer	281
(c) Prozessfinanzierungsvertrag als Gesellschaftsvertrag	281
(d) Situation bei einem Vergleich	282

bb) Differenzierung im Dreipersonenverhältnis	283
(1) Uneinigkeit bezüglich des Maßstabs der Gefährdung	285
(2) Vergleich mit dem Rechtsanwalt	288
(3) Interessenkonflikt ohne Gefährdung der Rechtsdienstleistung	289
(4) Berücksichtigung hoher Hürden der Rechtsdurchsetzung im Rahmen der ordnungsgemäßen Erbringung der Rechtsdienstleistung	290
(5) Berücksichtigung der Transparenz im Rahmen der ordnungsgemäßen Erbringung der Rechtsdienstleistung	290
(6) Gefährdung wegen der massenhaften Rechtsdurchsetzung	291
b) Rechtsfolgen eines Verstoßes	291
aa) Argumente für die Nichtigkeit des Vertrages und der Abtretung	292
bb) Argumente gegen die Nichtigkeit des Vertrages und der Abtretung	293
3. Auffassung der Rechtsprechung	295
a) Instanzgerichtliche Rechtsprechung	296
aa) LG München I vom 07. Februar 2020 – 37 O 18934/17	296
bb) LG Ingolstadt vom 07. August 2020 – 41 O 1745/18	297
cc) LG Ansbach vom 29. März 2021 – 3 O 16/21	298
dd) LG Braunschweig vom 30. April 2020 – 11 O 3092/19	298
b) BGH-Rechtsprechung	299
aa) Wenigermiete-Entscheidung	299
bb) Airdeal-Entscheidung	300
(1) Prinzipieller Gleichlauf der Interessen im Zweipersonenverhältnis	301
(2) Übertragung auf das drittfinanzierte Abtretungsmodell	302
(a) Prinzipieller Gleichlauf der Interessen „erst recht“ im Dreipersonenverhältnis	302

(b) Refinanzierungsmöglichkeit	304
(c) Zwischenergebnis	305
(3) Schutz des Rechtsverkehrs, der Justiz und des Anspruchsgegners	305
(4) Folgen der Airdeal-Entscheidung	307
cc) Diesel-Entscheidung	307
4. Fazit und Stellungnahme	309
a) Bewertung	309
aa) Interessengleichlauf „erst recht“ im Dreipersonenverhältnis	310
bb) Interesse der originären Anspruchsinhaber an einer sparsamen Prozessführung	310
cc) Folgenorientierte Auslegung	311
b) Weitere Risiken für das Geschäftsmodell	312
II. Gewinnabschöpfungsklage: Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte	313
III. Musterfeststellungsklage: Verhinderung von Interessenkollision und Einflussnahme durch Dritte	313
IV. Subjektive Klagehäufung: Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte	314
C. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte bei Kollektivklagen in der EU	317
I. Finanzierung der Verbandsklage durch Dritte gemäß Art. 10 der Verbandsklagen-RL	317
1. Nicht „ungebührliche“ Beeinflussung durch Drittfinanzierer	318
2. Finanzierung durch den Wettbewerber des Beklagten	318
3. Finanzierung durch einen vom Beklagten abhängigen Dritten	319
II. Befugnisse des Gerichts und Rechtsfolge	319
III. Förderung strategischer Prozessführung durch den Beklagten und praktische Umsetzbarkeit	320



D. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte bei Kollektivklagen in England	321
I. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte im CAT-Verfahren	321
1. Gefahr von Interessenkonflikten im CAT-Verfahren	321
a) Interessenkonflikt Anspruchsinhaber, Repräsentant und Drittfinanzierer	321
b) Interessenkonflikt im Opt-in-Verfahren	322
c) Interessenkonflikt im Opt-out-Verfahren	323
2. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte im CAT-Verfahren im Abstrakten	324
a) Schutzmaßnahmen gegen Konflikte und Missbrauch im Allgemeinen	324
b) Schutz durch gesetzliche Regelungen	326
aa) Ausgestaltung der Einwilligung des CAT nach Rule 91 (2), 93 (1) CAT Rules	326
bb) Genehmigung des Vergleichs durch das CAT nach 49A CA 1998	326
cc) Ersetzung des Klassenrepräsentanten, Rule 85 CAT Rules	327
dd) Schutzmaßnahmen in Opt-in- und Opt-out-Verfahren	327
3. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte im CAT-Verfahren: Anwendung der Schutzmaßnahmen im Einzelfall	328
a) Pride-Entscheidung	328
b) Erste Mastercard-Entscheidung	328
aa) Argument für einen Interessenkonflikt: Vortrag von Mastercard	329
bb) Argumente gegen einen Interessenkonflikt: Ablehnung durch das CAT	330
(1) Best interest clause im Finanzierungsvertrag	331
(2) Aufgabe und Kontrollbefugnisse des CAT	331
(3) Merricks Charakter und Zeugenaussage	332
c) Zweite Mastercard-Entscheidung	332
aa) Interessenkonflikte beim Vergleich	333
bb) Interessenkonflikt wegen Kündigungsmöglichkeit	334

II. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte bei der representative action	335
1. Kriterium „same interests“	335
2. Ermessen des Gerichts, CPR 19.6 (2)	336
3. Interessenkonflikt bei der Beteiligung eines Drittfinanzierers	336
a) Unklarheit bezüglich Kostenerstattung und Vergütung des Finanzierers	337
b) Fehlendes Erfordernis einer Zustimmung des Gerichts beim Vergleich	339
c) Keine reale Gefahr einer nachteiligen Auswirkung von Interessenkollisionen	340
III. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte beim GLO- Verfahren	341
E. Analytischer Rechtsvergleich: Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte	344
I. Offenlegung von Prozessfinanzierung und Prozessfinanzierungsvertrag	344
1. Rechtsvergleich	344
2. Bewertung	346
II. Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte	347
1. Bedeutung der Trennung zwischen Repräsentant, prozessführendem Rechtsanwalt und Prozessfinanzierer und Schutzmaßnahmen gegen eine wirtschaftliche Verflechtung	347
2. Bestehen einer relevanten Interessenkollision	349
a) In Deutschland und in England beim CAT-Opt-in- Verfahren	349
aa) Prozessfinanzierungsvertrag mit den Anspruchsinhabern in England	350
bb) Originäre Anspruchsinhaber als Begünstigte des Prozessfinanzierungsvertrages	350
(1) Vertrag zugunsten der originären Anspruchsinhaber	351

(2) Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten der originären Anspruchsinhaber	351
(a) Bestimmungsgemäßes In-Kontakt- Kommen der originären Anspruchsinhaber mit der Leistung	352
(b) Einbeziehungsinteresse	353
(c) Schutzbedürftigkeit der originären Anspruchsinhaber	354
cc) Hinweispflicht in Deutschland beim Abtretungsmodell	354
dd) Geringe Gefahr einer Interessenkollision	355
b) Opt-out-Verfahren vor dem CAT in England	355
c) In England bei der representative action	356
3. Unterschiedliche Auslegung von Interessenkonflikten: Ungeeignetheit von § 4 RDG als Generalnorm zur Regelung von Interessenkonflikten im kollektiven Rechtsschutz	357
a) Willkürliche Erfassung von Interessenkonflikten durch § 4 RDG	357
b) Behandlung von unterschiedlichen Vergütungsstrukturen nach § 4 RDG	358
aa) Reine multiple Vergütung	358
bb) Festlegung des höheren Betrags durch Vergleich einer multiplen Beteiligung mit einer prozentualen Erfolgsbeteiligung	360
cc) Festlegung des niedrigeren Betrags durch Vergleich einer multiplen Beteiligung mit einer prozentualen Erfolgsbeteiligung	361
c) Fazit	362
4. Unklarheit und Defizite hinsichtlich der Einflussnahmemöglichkeit des Finanzierers	363
a) Unklare Ausgangslage durch § 4 RDG	363
b) Einfluss des Prozessfinanzierers auf Vergleichsentscheidungen sowie Berichts- und Beratungspflichten des Rechtsdienstleisters gegenüber dem Prozessfinanzierer	364
aa) Schutzmaßnahmen gegen Einfluss des Finanzierers beim Vergleich	364

bb) Analyse und Bewertung der deutschen und englischen Schutzmaßnahmen gegen Einfluss des Finanzierers beim Vergleich	365
(1) Vetorecht des Prozessfinanzierers gegen einen Vergleich	365
(2) Vergleichsforcierung durch den Finanzierer	366
(a) Zur Frage des unabhängigen Dritten in Deutschland	367
(b) Weiterbestehende Probleme beim Vorziehen der Interessen des Prozessfinanzierers durch den Rechtsdienstleister	367
c) Kündigung und mittelbare Einflussnahme des Finanzierers durch die Ausgestaltung der finanziellen Zusagen	368
aa) Schutzmaßnahmen gegen Kündigung des Finanzierers	368
bb) Analyse und Bewertung der deutschen und englischen Schutzmaßnahmen gegen Kündigung durch den Finanzierer	369
(1) Wider das Interesse der originären Anspruchsinhaber und des nur am Erfolg beteiligten Repräsentanten	369
(2) Angemessenes Kosten-Ertrags-Verhältnis für den Finanzierer	370
(3) Eingriff in die Rechte des Finanzierers	371
(4) Schutz vor Willkür	372
d) Fazit und Folgen einer zu hohen Einflussnahmemöglichkeit des Prozessfinanzierers	372
5. Abwägung der Vor- und Nachteile als Voraussetzung für Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte	372
a) Berücksichtigung der Vorteile des finanzierten Abtretungsmodells im Rahmen von § 4 RDG	373

b) Berücksichtigung von legitimen Interessen des Prozessfinanzierers und Vorteile der drittfinanzierten Kollektivklagen	375
aa) Legitime Interessen des Prozessfinanzierers bei drittfinanzierten Kollektivklagen: Sicherstellung der wirtschaftlichen Rentabilität beim Vergleich	377
bb) Legitime Interessen des Prozessfinanzierers und Mitwirkung des Prozessfinanzierers bei einem Vergleich	378
c) Fazit und Stellungnahme	380
6. Folgen und Maßnahmen bei einem Verstoß	382
a) Regelungswerk in den Vergleichsländern	382
b) Änderung durch die Verbandsklagen-RL	385
c) Alternative Maßnahmen zur Klageabweisung in Deutschland bei Vorliegen eines relevanten Interessenkonfliktes	385
aa) Entscheidung des LG Ingolstadt vom 07. August 2020 – 41 O 1745/18	386
bb) Bewertung dieser Entscheidung	387
7. Bewertung und Gesamtergebnis	388
a) Risiko aufgrund der Unsicherheit der Bündelung	388
b) Kein ausreichender Schutz der Anspruchsinhaber vor unangemessener Prozessführung	389
c) Bewertung der bestehenden Probleme: Alles-oder-nichts-Prinzip	390
d) Mitbestimmung beim Vergleich	391
e) Unclaimed-Damages-Regelung	391
f) Ineffizienz der fehlenden Zustimmungspflicht bei Vergleichen in der representative action	393
g) Erfordernis ausgewogenerer Schutzmaßnahmen in Deutschland	393
F. Empfehlung und Übertragbarkeit	394
I. Empfehlung: Vorliegen bzw. Relevanz eines Interessenkonfliktes	394
1. Verhältnis von prozessführendem Rechtsanwalt und Prozessfinanzierer	394
a) Beteiligung des prozessführenden Rechtsanwalts am Prozessfinanzierer	395

b) Rechtsanwalt und Prozessfinanzierer als repeat player im Gegensatz zu den (originären) Anspruchsinhabern	396
2. Verhältnis von Beklagtem und Prozessfinanzierer	397
a) Zum Problem des Status des Prozessfinanzierers als Wettbewerber des Beklagten	397
b) Verhältnis des Prozessfinanzierers zum Beklagten	399
3. Verhältnis von Rechtsdienstleister oder Repräsentant und Prozessfinanzier	400
4. Mitbestimmungsrecht des Prozessfinanziers beim Vergleich	401
5. Kündigungsrechte des Prozessfinanzierers	402
II. Anwendung de lege lata	403
1. Prinzipieller Gleichlauf der Interessen und nur konkrete Interessenkonflikte	403
a) Berücksichtigung der Vorteile und der legitimen Interessen des Drittfinanzierers: Gefährdung der ordnungsgemäßen Erbringung der Rechtsdienstleistung	403
aa) Auslegungsmöglichkeit der Norm zur Berücksichtigung der Vorteile und der legitimen Interessen des Prozessfinanzierers	403
(1) Effizienzkonforme oder ökonomischen Auslegung	403
(2) Stellungnahme	404
bb) Mitwirkung des Prozessfinanzierers beim Vergleich	405
cc) Kündigung des Prozessfinanzierers	406
b) Folgenorientierte Auslegung von § 4 RDG	407
c) Aktives Fallmanagement des Gerichts	408
aa) Grundsätzliche Möglichkeit	408
bb) Möglichkeit der Änderung des Prozessfinanzierungsvertrages	409
(1) Zeitpunkt für die Bewertung von Interessenkonflikten nach § 4 RDG	409
(2) Zeitpunkt für die Bewertung der Wirksamkeit der Abtretung gemäß § 134 BGB	410

## *Inhaltsverzeichnis*

(3) Auswirkungen der zunächst fehlenden Aktivlegitimation auf die Verjährung	411
(4) Zwischenergebnis und Ausblick	412
2. Gestaltung des Prozessfinanzierungsvertrages	412
III. Umsetzung de lege ferenda	413
1. In Deutschland	414
a) Tatbestandsebene	414
b) Maßnahmen zum Schutz vor Interessenkonflikten	415
aa) Offenlegung der Prozessfinanzierung und des Prozessfinanzierungsvertrages	415
bb) Behördliche Regulierung anstatt einer oder zusätzlich zur gerichtlichen Kontrolle	416
cc) Gerichtliche Kontrolle und aktives Fallmanagement in Deutschland nach künftiger Rechtslage	418
(1) Konkreter Fall und maßgeschneiderte Lösung	418
(2) Rechtsfolgenebene bei einem relevanten Interessenkonflikt	419
(3) Voraussetzung für eine Kontrolle durch das Gericht	420
(4) Grundsätzliche Vorbehalte gegen das vorgeschlagene aktive Fallmanagement in Deutschland	420
(a) Richterliche Unabhängigkeit und Neutralität	420
(b) Eingriff in den Dispositionsgrundsatz bzw. in die Dispositionsmaxime	422
(5) Problem bei der konkreten Ausgestaltung der Kontrolle	423
(6) Probleme hinsichtlich des aktiven Fallmanagements und der Zustimmungspflicht beim Abtretungsmodell	424
(a) Aktives Fallmanagement	424
(b) Zustimmung zum Vergleich	427
(aa) Gerichtlicher Vergleich	427
(bb) Außergerichtlicher Vergleich	429

dd) Zwingende Regelungen des Prozessfinanzierungsvertrages	431
(1) Festlegung von Mindestvoraussetzungen des Prozessfinanzierers und Prozessfinanzierungsvertrages	431
(a) Interne Richtlinie des Prozessfinanzierers zum Umgang mit Interessenkonflikten	431
(b) Zwingende Regelungen des Prozessfinanzierungsvertrages	432
(aa) Treuepflicht	433
(bb) Inhalt der Treuepflicht	435
(cc) Treuhandpflicht	437
(2) Multiple Beteiligung	439
(3) Beteiligung am Bruttoerlös und nicht am Nettoerlös	440
ee) Selbstregulierungskodex	440
c) Regelung und Regelungsort der drittfinanzierten Kollektivverfahren	441
d) Ergebnis	443
2. In England	446
a) Ersetzung der Unclaimed-Damages-Regelung für eine erfolgsbasierte Vergütungsregelung	446
b) Regelung der Erfolgsbeteiligung des Prozessfinanzierers bei der representative action	446
c) Zustimmung des Gerichts zu einem Vergleich bei der representative action	447
 Achter Teil: Schutzmaßnahmen zur Sicherung des Prozesskostenerstattungsanspruches des Beklagten im drittfinanzierten kollektiven Rechtsschutz	 449
 A. In Deutschland: Schutzmaßnahmen zur Befriedigung des Prozesskostenerstattungsanspruches des Beklagten im drittfinanzierten kollektiven Rechtsschutz	 449
I. Prüfung der Zahlungsfähigkeit des Klägers zu Beginn des Verfahrens	449
1. Gewinnabschöpfungsklage	449
2. Subjektive Klagehäufung	450



3. Abtretungsmodell	450
a) Rechtsprechung – Entscheidung des OLG Düsseldorf –	451
aa) Allgemeine Voraussetzung der Nichtigkeit	451
bb) Voraussetzung in zeitlicher Hinsicht	452
cc) Im konkreten Fall des OLG Düsseldorf	452
(1) Offenlegung der finanziellen Verhältnisse der Klägerin	453
(2) Angebliche Verbesserung der finanziellen Situation der Klägerin	453
(3) Berücksichtigung der Prozessfinanzierung	454
(4) Verlagerung des Prozesskostenrisikos als maßgeblicher Zweck der Abtretung	455
(5) Begründete Verlagerung des Prozesskostenrisikos aus übergeordneten Gesichtspunkten als Ausnahme	455
(6) Kenntnis der Zedenten und grob fahrlässiges Sich-Verschließen	456
b) Literatur	456
aa) „Alleiniger“ Zweck der Abtretung: Verschiebung des Prozessrisikos	457
bb) Erfordernis einer verwerflichen Gesinnung bzw. einer Schädigungsabsicht	458
(1) Erfordernis einer verwerflichen Gesinnung	458
(2) Erfordernis einer Schädigungsabsicht	459
cc) Berücksichtigung in zeitlicher Hinsicht	459
dd) Zahlungsfähigkeit im Verhältnis zu den Zedenten	461
ee) Berücksichtigung der Prozessfinanzierung	461
ff) Gesamtbetrachtung und Berücksichtigung der Vorteile	462
gg) Folge	463
II. Inanspruchnahme des Drittfinanzierers	464
1. Kostenentscheidung gegen den Drittfinanzierer	464
2. Sonstige Inanspruchnahme des Drittfinanzierers	465
a) Gesellschaftsvertrag	465

b) Indirekte Inanspruchnahme des Drittfinanzierers im Zwangsvollstreckungsverfahren	466
aa) Schwierigkeiten und Probleme bei der Vollstreckung des Freistellungsanspruches	466
(1) Gefahr bei der Vollstreckung durch mehrere Gläubiger	466
(2) Vollstreckungsaufwand	467
(3) Aufwand durch Erzwingen einer Offenlegung	468
(4) Problem der Geheimhaltungspflicht des prozessfinanzierten Klägers	469
bb) Insolvenzgefahr	470
(1) Befreiungsanspruch in der Insolvenz des Befreiungsgläubigers	470
(2) Befreiungsanspruch bei Insolvenz des Klägers	471
(3) Argumente gegen die Beschränkung des Prozesskostenerstattungsanspruchs des Beklagten auf die Quote	472
(a) Parallele zur Haftpflichtversicherung: Prozesskostenerstattungsanspruch gegen den Haftpflichtversicherer	472
(b) Vergleichbarkeit mit dem Prozessfinanzierer	473
cc) Ergebnis	473
III. Prozesskostensicherheit	474
1. Abtretungsmodell	474
2. Subjektive Klagehäufung	475
IV. Fazit: Schutzmaßnahmen zur Sicherstellung der Kostentragung	476
B. In England: Schutzmaßnahmen zur Befriedigung des Prozesskostenerstattungsanspruches des Beklagten im drittfinanzierten kollektiven Rechtsschutz	477
I. Selbstregulierungsmechanismus (ALF-Kodex)	477
1. Ausreichende Kapitalausstattung	477
2. Zwingender Inhalt des Prozessfinanzierungsvertrages in Bezug auf die Kostentragung	478

II. Prüfung der Zahlungsfähigkeit des Klägers zu Beginn des Verfahrens	479
1. Representative action: genügend Finanzierung als Zulassungsvoraussetzung	479
2. CAT-Verfahren: Kostentragungsfähigkeit als Voraussetzung für das Verfahren	480
a) Regelungen zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit des Repräsentanten	480
b) Rechtsanwendung	481
aa) Untersuchung der Drittfinanzierungsvereinbarungen in der Pride-Entscheidung	481
bb) Untersuchung der Drittfinanzierungsvereinbarungen in der ersten Mastercard-Entscheidung	483
(1) Adverse Cost Argument	483
(2) Kündigungsmöglichkeit wegen der Unclaimed-Damages-Regelung	485
cc) Untersuchung der Drittfinanzierungsvereinbarung in der zweiten Mastercard-Entscheidung	486
dd) Untersuchung der Drittfinanzierungsvereinbarung in den Truck-Fällen	487
(1) Verbundene Unternehmen und Bedeutung des ALF-Kodexes	488
(a) RHA und Therium	488
(b) UKTC und Yarcombe	490
(2) Berechtigte Belange des Prozessfinanzierers	493
(a) Auszahlung der Finanzierungsbeträge im Ermessen des Prozessfinanzierers	493
(b) Möglichkeit der Abtretung oder Übertragung der Verpflichtungen des Finanzierers	494
(3) Schutz des Anspruchsinhabers: Flexibilität und Bedeutung des Zugangs zum Recht	494
(a) Prozesskostensicherheit und Genehmigung des Repräsentanten	494

(b) Flexibilität des CAT wegen des Zugangs zum Recht	495
(aa) Flexibilität des CAT bezogen auf das Stadium des Verfahrens	495
(bb) Flexibilität des CAT bezogen auf die Höhe der Finanzierungssumme	495
(cc) Berücksichtigung der Höhe der Kosten als Hindernis für den Rechtszugang und Berücksichtigung des vorprozessualen Verhaltens des Beklagten	496
(4) Berechtigte Belange des Antragsgegners bzw. des benannten Beklagten	497
(a) Avoidance und anti-avoidance clauses	497
(aa) RHA ATE-Versicherung	497
(bb) UKTC: Yarcombe ATE-Versicherung	498
(b) Direkter Anspruch des Beklagten	498
(aa) RHA ATE-Versicherung	498
(bb) UKTC: Yarcombe ATE-Versicherung	499
(5) Fazit	499
(a) Fazit: legitime Interessen des Prozessfinanzierers	500
(b) Fazit: legitime Interessen der Anspruchsinhaber	500
(c) Fazit: legitime Interessen des benannten Beklagten	501
(d) Fazit: allgemeine Argumentationsmuster	501
III. Direkte Haftung des Drittfinanzierers	502
1. Representative action und GLO-Verfahren	502
a) Anwendung Section 51 Senior Court Act bei der representative action und im GLO-Verfahren	502

b) Argumente für die Haftung des Drittfinanzierers	503
aa) Unterscheidung zwischen einem gewerblichen Prozessfinanzierer und einem pure funder	503
bb) Prozessfinanzierer als Nutznießer und Kontrolleur des Verfahrens	505
cc) (Mit-)Veranlassung des Verfahrens durch den Prozessfinanzierer	505
dd) Abwägung zwischen Zugang zum Recht und legitimem Interesse des Beklagten	506
c) Kausalität und Zeitpunkt der Finanzierung	508
d) Indemnity und standard basis	509
e) Berücksichtigung einer geleisteten Prozesskostensicherheit	513
f) Haftungsbeschränkung nach der Arkin- Entscheidung	514
g) Hinzuziehung des Finanzierers	517
h) Besonderheiten bei Kollektivverfahren	517
aa) Representative action	517
bb) GLO-Verfahren	518
2. CAT-Verfahren	520
IV. Prozesskostensicherheit zur Sicherstellung des Prozesskostenerstattungsanspruchs	522
1. GLO-Verfahren und representative action	522
a) Pflicht zur Offenlegung von Identität und Anschrift des Finanzierers	523
aa) Kein Erfordernis der sicheren Intention des Beklagten zum Stellen eines Kostensicherheitsantrags	523
bb) Erfolgsaussichten des Antrags	524
b) Hinzuziehung des Finanzierers zum Verfahren als Voraussetzung der Prozesskostensicherheitsanordnung	526
c) Voraussetzungen für die Prozesskostensicherheitspflicht	526
aa) Kostentragung nach Section 51 als Voraussetzung für die Prozesskostensicherheit	526

bb) Voraussetzungen für eine Sicherheitsleistungspflicht des Finanzierers nach der RBS-Entscheidung	526
(1) Voraussehbarkeit des Kostenhaftungsrisikos	527
(2) Abwägung und Gesamtbetrachtung als Voraussetzung der Prozesskostensicherheitspflicht	528
(3) Anwendung bei RBS (LNCP)	529
cc) ATE-Versicherung als Argument gegen Sicherheitsverlangen bzw. als ausreichende Prozesskostensicherheit	529
d) Anwendung der Arkin cap bei der Prozesskostensicherheitsanordnung	530
2. CAT-Verfahren	533
a) Gesetzliche Regelung zur Prozesskostensicherheit	533
aa) Prozesskostensicherheitsanordnung gegen den Repräsentanten	533
bb) Prozesskostensicherheitsanordnung gegen den Drittfinanzierer	533
b) Rechtsanwendung	534
C. Analytischer Rechtsvergleich der Schutzmaßnahmen der Sicherstellung des Prozesskostenerstattungsanspruchs des Beklagten und Bewertung	535
I. Zulassung des Klägers	535
1. Abstellen auf unterschiedliche Zeitpunkte	535
2. Wissen und finanzielle Ausstattung der originären Anspruchsinhaber	537
3. Kein Anspruch des Beklagten auf einen zahlungskräftigen Kläger	538
4. Probleme der Prüfung der Zahlungsfähigkeit	539
a) Nachteile des englischen Zulassungssystems	539
b) Vorteile der englischen Rechtsordnung im Vergleich zur deutschen Rechtsordnung	540
c) Grundsätzliche Bedenken gegen eine Prüfung der Zahlungsfähigkeit des Repräsentanten	540
5. Ergebnis und bestehende Probleme	543

II. Prozesskostenerstattungsanspruch gegen den Drittfinanzierer	545
1. Ziel und Begründung des Prozesskostenerstattungsanspruchs in Deutschland	545
a) Allgemeiner Grund für den Prozesskostenerstattungsanspruch nach § 91 ZPO	545
b) Behandlung der Drittfinanzierung im Hinblick auf die § 91 ZPO unterliegenden Prinzipien	547
c) Möglichkeit der Kostenhaftung Dritter	548
aa) Möglichkeit nach gesetzlicher Vorschrift	548
bb) Möglichkeit nach Rechtsfortbildung	548
(1) Fall des Fehlens oder Vorliegens einer mangelhaften Vollmacht	549
(2) Haftung anderer Verfahrensbeteiligter	550
cc) Unbeteiligter Dritter als Kostenschuldner	550
(1) BGH-Entscheidung vom 13. Februar 1992	550
(2) LG Heidelberg vom 21. Januar 1991	551
(3) Schlussfolgerungen	551
dd) Keine Haftung des Drittfinanzierers trotz Vergleichbarkeit	552
2. Ziel und Begründung der Haftung des Drittfinanzierers in England	552
a) Veranlassung und Kontrolle des Verfahrens	553
aa) Verursachungsprinzip und Kausalität	553
(1) Grundsatz der Kausalität und Auswirkung	553
(2) Grenze der Kausalität	554
bb) Kontrolle und Grad der Einflussnahme	554
b) (Mit-)Profiteur des Verfahrens	555
c) Abwägung zwischen Zugang zum Recht für Kläger und legitimem Interesse des Beklagten hinsichtlich der Kostenerstattung im Falle des Obsiegens – Ergebnis –	557
3. Rechtsvergleichende Untersuchung der Begründungsansätze zur Haftung für den Prozesskostenerstattungsanspruch	558
a) Veranlassung	558
b) Kontrolle und Grad der Einflussnahme	558

c) Symmetrie zwischen Profit und Haftung	559
aa) Symmetrie in England	559
bb) Asymmetrie in Deutschland	559
cc) Grenze der Symmetrie in England	562
dd) Asymmetrie in England	563
(1) CAT-Verfahren	563
(2) Representative action	564
(3) Fazit	564
d) „Echte Partei“ des Verfahrens: the „real party“ und „economic realities“	565
e) Abwägung zwischen Zugang zum Recht und Interessen des Beklagten	567
f) Ergebnis	569
4. Kosten-Nutzen- und Folgenanalyse für Deutschland und England	570
a) Kosten der fehlenden Prozesskostenerstattungspflicht des Prozessfinanzierers in Deutschland	570
b) Kosten der Prozesskostenerstattungspflicht des Prozessfinanzierers in England	571
c) Kosten und Nutzen einer direkten Haftung des Prozessfinanzierers in Abhängigkeit von einer vertraglichen Haftung	572
aa) Verkomplizierung und Verzögerung der Kostenentscheidung	572
(1) Grundsätzliche Erwägungen	573
(2) Besonderheit im kollektiven Rechtsschutz	573
bb) Auswirkungen auf die Prozessfinanzierung	574
d) Kosten und Nutzen einer direkten Haftung des Prozessfinanzierers unabhängig von einer vertraglichen Haftung	574
aa) Strengere Prüfung der Erfolgsaussichten durch den Prozessfinanzierer	575
bb) Besonderheit bei Kollektivklagen: Einzelhaftung der Kläger bei GLO-Verfahren und subjektiver Klagehäufung	576
cc) Kosten der direkten Haftung: weniger Finanzierung oder höhere Kosten	576



## *Inhaltsverzeichnis*

III. Schutz durch Prozesskostensicherheit	577
1. Sinnhaftigkeit einer Prozesskostensicherheit	577
a) Parallele zu den Gründen für eine direkte Haftung des Finanzierers	578
b) Zahlungsunfähigkeit des Finanzierers	578
c) Höhere Kosten für den Kläger	579
aa) Tatsächlich höhere Kosten: prozentuale Erfolgsbeteiligung	580
(1) Auswirkung bei Übernahme der Gegnerkosten durch den Prozessfinanzierer	581
(2) Auswirkung bei fehlender Übernahme der Gegnerkosten durch den Prozessfinanzierer	582
bb) Tatsächlich höhere Kosten: multiple Beteiligung	582
cc) Vermeidung höherer Kosten durch effiziente Ausgestaltung der Prozesskostensicherheitspflicht	583
(1) Kosten der Bankbürgschaft	583
(2) Kostenhaftung des Beklagten für die Sicherheit im Falle des Unterliegens	583
(3) Preis der Prozesskostensicherheit und unberechtigtes Sicherheitsverlangen	584
dd) Zwischenfazit	585
d) Offenlegung der Prozessfinanzierung	585
2. Ergebnis	587
D. Empfehlungen	588
I. De lege lata	588
1. Vorprüfung der Zahlungsfähigkeit: Alternativen de lege lata	588
2. Direkte Inanspruchnahme des Drittfinanzierers	590
3. Prozesskostensicherheit	592
a) Direkte Anwendung von § 110 ZPO	592
b) Analoge Anwendung von § 110 ZPO	593

II. De lege ferenda	595
1. Angemessene Kapitalausstattung gemäß Art. 6 der vorgeschlagenen Richtlinie des EU-Parlaments	595
a) Prozesskostensicherheit als effizientere Schutzmaßnahme im Vergleich zur Prüfung durch Aufsichtsbehörde	596
aa) Argument gegen Aufsichtsbehörde	596
bb) Abschluss einer Insolvenz(pflicht)versicherung oder Bebringung einer gleichwertigen Garantie für die Übernahme der Verfahrenskosten	597
b) Zwischenergebnis	599
2. Vorprüfung im Verfahren de lege ferenda	599
3. Direkte Inanspruchnahme des Drittfinanzierers de lege ferenda	600
a) Grundsätzliche Möglichkeit einer Kostenentscheidung gegen Dritte	601
aa) Grundsätzliches Verbot der Haftung von Dritten als Kostenschuldner	601
bb) Kostenschuldnerschaft Dritter als Ausnahme	602
(1) Gesetzliche Ausnahmen nach der ZPO	602
(2) Gesetzliche Ausnahmen außerhalb der ZPO	603
(3) Bedeutung für eine direkte Kostenentscheidung gegen den Drittfinanzierer	604
(a) Kein normaler Regressanspruch	605
(b) Kostenrechtliches Vereinfachungsprinzip	606
(4) Fazit	606
b) Rechtliches Gehör	607
c) Rechtsmittel	607
d) Voraussetzung der Haftung	608
e) Haftungshöhe	609
4. Prozesskostensicherheit de lege ferenda	610
a) Prozesskostensicherheit bei drittfinanzierten Kollektivklagen	611
b) Vereinbarkeit der Prozesskostensicherheit mit dem deutschen Rechtssystem	612
aa) Grundsätzliche Vereinbarkeit	612

## Inhaltsverzeichnis

bb) Spezifische Probleme	613
(1) Zugang zum Recht	613
(a) Verhältnis Gerichtsgebühren und Prozesskostensicherheit	614
(b) Prozesskostensicherheit nur als wesensgleiches Minus zur Prozesskostentragung	615
(2) Gleichheitssatz und Ungleichbehandlung	617
(3) Schikanöses Sicherheitsverlangen durch den Beklagten und höhere Kosten	619
c) Konkrete Ausgestaltung der Prozesskostensicherheit	619
aa) Offenlegung der Prozessfinanzierung	620
bb) Direkte Anordnung der Prozesskostensicherheit gegen den Drittfianzierer	621
cc) Berücksichtigung der Prozessfinanzierung bei der Entscheidung über die Prozesskostensicherheit	623
dd) Berücksichtigung der Art der Klage als (drittfianzierte) Kollektivklage	624
ee) Erfolgsaussichten	625
ff) Höhe der Sicherheit	625
gg) Art und Weise der Sicherheit	626
hh) Allgemeine Abwägung	628
ii) Fazit	628
Neunter Teil: Fazit und Ausblick	631
A. Deutschland	631
B. England	634
C. Rechtsvergleichung	636
Literaturverzeichnis	641